Rechtskräftiger Bebauungsplan

# 1. Änderung SO<sub>L+G</sub> GH=7,0m 0,8 TH=5,4m bis 18°

# Zeichnerische Festsetzungen

GH=6,0m

TH=5,4m

St

II. Zeichnerische Hinweise

Grenze des räumlichen Geltungsbereichs

Nutzungsschablone: Art der baulichen Nutzung maximale Gesamthöhe Gebäude Grundflächenzahl (GRZ) maximale Traufhöhe Gebäude Maximale Dachneigung

z. B. SO L+G Sonstiges Sondergebiet, Lebensmittel und Getränke Zulässig ist ein Lebensmittel- und Getränkemarkt mit einer Verkaufsfläche von maximal 1.200 m² und einem eigenständigen Bäckereibetrieb bis 100 m²

Maximal zulässige Gesamthöhe

abweichende Bauweise, Baukörper bis 60 m zulässig

Fläche für die Wasserwirtschaft (§ 9 Abs. 1 Nr. 16 BauGB)

Maximal zulässige Traufhöhe

Baubeschränkungszone 40m

Bauverbotszone 20m

Private Verkehrsfläche

Fläche für Stellplätze

Behindertenstellplatz

Öffentlicher Fußweg

geplante Laubbäume

private Grünfläche

und Landschaft

Extensiv genutztes Grünland

Vorgeschlagene Grundstücksgrenzen

Bestehende Bebauung

Gasleitung, wird verlegt

Stromleitung, wird verlegt

Telekomleitung, wird verlegt

bestehende Grundstücksgrenzen mit Flurnummer

Wasserfläche (Bestand)

hier: Retentionsfläche (Bestand)

Flächen oder Maßnahmen zum Schutz, zur

Pflege und zur Entwicklung von Boden, Natur

Baugrenze

4. Im abgegrenzten Bereich ist eine Lärmschutzwand mit einer Höhe von 3,50 m über der angrenzenden Verkehrsfläche herzustellen und dauerhaft zu erhalten. Zwischen Grundstücksgrenze und Lärmschutzwand sind Spalierobstbäume zu pflanzen.

1. Im Rahmen der festgesetzten Nutzungen oder Nutzungsregelungen sind nur solche

Vorhaben zulässig, zu denen sich der Vorhabensträger im Durchführungsvertrag ver-

pflichtet hat. Änderungen oder der Neuabschluss des Durchführungsvertrages sind

zulässig. Zulässig sind ein Lebensmittel- und Getränkemarkt mit max. 1.200 m² Ver-

kaufsfläche und ein eigenständiger Bäckereibetrieb mit max. 100 m² Verkaufsfläche.

2. Wohnungen für Betriebsinhaber und/oder Aufsichtspersonal sind auch ausnahms-

3. Es gilt eine maximale Gesamthöhe (GH) und eine maximale Traufhöhe (TH) entspre-

chend Planeintrag in der Nutzungsschablone. Diese maximalen Höhen beziehen sich

relativ auf die Oberkante der zugehörenden Verkehrsfläche gemessen in der Mitte

weise nicht zulässig. Vergnügungsstätten sind unzulässig.

III. Textliche Festsetzungen Städtebau

der Fassade oder des Fassadenstücks.

Anlagen gemäß § 14 Abs. 1 BauGB sind ausserhalb der Baugrenzen nicht zulässig.

Ausgenommen sind Anlagen die der Ver- und Entsorgung des Baugebietes dienen.

6. Die Erdgeschoßfußbodenhöhe muss einen Freibord von mindestens 30 cm über der Höhenkote von 321,17 m. ü. NN. des HQ 100 einhalten. Abweichungen vom Freibord von weniger als 30 cm dürfen aufgrund des bereits bestehenden Gebäudeteils baulich ausgeführt werden.

7. Werbeflächen sind bis maximal 30% Länge der Fassade zulässig. Dies schließt auch firmenspezifische Farben mit ein.

8. Gebäude sind farblich zu gestalten. Firmenspezifische Farben dürfen maximal 30% der jeweiligen Fassadenfläche einnehmen. Es dürfen nur gedeckte Farben verwendet werden. Reintönige Farben sind unzulässig. Die Farbgestaltung ist folgender Farbpa-

Weiß hellgrau grau hellblau hellgrün 9. Abweichend von den Bestimmungen des § 22 Abs. 2 BauNVO dürfen Baukörper mit einer Länge bis 60 m errichtet werden ("abweichende Bauweise"). Ein Grenzabstand von 3.0 m ist mindestens einzuhalten.

10. Die Dacheindeckung hat in nicht fernwirksamen, nicht glänzenden Materialien zu er-

folgen. Leuchtende Farben sind ausgeschlossen.

11. Fassadenflächen über 30 m Länge sind alle 15 m baulich senkrecht zu gliedern.

12. Sichtfelder auf den Straßenverkehr oder Radverkehr sind dauerhaft freizuhalten. Die Sichtflächen sind von Anpflanzungen aller Art, Zäunen, Stapeln, parkenden Fahrzeugen und sonstigen Gegenständen freizuhalten, die eine größere Höhe als 0,80 m über der Fahrbahn erreichen. Ebenso wenig dürfen dort genehmigungs- oder anzeigefreie Bauten oder Stellplätze errichtet und Gegenstände gelagert oder hingestellt werden, die diese Höhe überschreiten. Dies gilt auch für die Dauer der Bauzeit.

# IV. Textliche Hinweise Städtebau

1. Innerhalb der Anbauverbotszone der ST 2246 können Befreiungen nur für die Errichtung von Stellplätzen und deren Bepflanzung erteilt werden. Werbe- oder Hinweisschilder sind ausserhalb der Anbauverbotszone so anzubringen, dass sie die Aufmerksamkeit des Autofahrers nicht beeinträchtigen. Sie müssen am Ort der Leistung

# V. Grünordnerische Festsetzungen und Maßnahmen

terzäune.

Heckenkirsche

Reihe 9-10

Hundsrose

Alpenrose

Pflanzqualität: Container, H 60-100cm

Liguster

Schlehe

 Einfriedungen 1) Zur freien Landschaft und zu den Nachbargrundstücken sind Einfriedungen mit einer maximalen Höhe von 2,0m zulässig. 2) Die Errichtung von Mauerwerk, Beton- oder sonstigen Abgrenzungen der Grundstücke im Sockelbereich ist unzulässig. Der freie Durchgang für Kleintiere muss gewährleistet bleiben. Durchlaufende Zaunsockel sind unzulässig. Zäune müssen einen ausreichenden Abstand zur Geländeoberkante aufweisen oder in Abständen von höchstens 10m mit Durchschlupfmöglichkeit für Kleintiere versehen werden. 3) Zulässige Einfriedungen sind Maschendrahtzäune, Holzlattenzäune und Stabgit-

Flächenbefestigungen Sofern nicht aus Gründen des Grundwasserschutzes eine Bodenversiegelung zwingend erforderlich ist, müssen Lagerflächen und Kraftfahrzeugstellplätze mit teildurchlässigen Belägen (Rasenfugenpflaster, großfugiges Pflaster, durchlässiges Betonpflaster, Schotterrasen o.ä.) befestigt werden.

3. Wertstoffsammlung, Abfallentsorgung Geeignete Einrichtungen für die Wertstoffsammlung und Abfallentsorgung sind im Rahmen der Genehmigungsplanung für Bauwerke entsprechend der spezifischen Erfordernisse nachzuweisen. Hierfür notwendig werdende bauliche Anlagen sind innerhalb der Baugrenzen zu errichten und dürfen von öffentlichen Straßen- und Wegebau nicht einsehbar sein.

4. Private Grünflächen Zur landschaftlichen Einbindung, Erhaltung von Vegetationsbeständen und Untergliederung des Sondergebietes sind nach §9 Abs. 1 Nr.15 BauGB private Grünflächen festgesetzt, deren Lage und Abmessung sich nach den Eintragungen im Planblatt bemessen.

Fläche mit Maßnahme zur Regelung des Wasserhaushaltes Im Anschluss an die Grünfläche entlang des Radweges an der Ortsumgehungstraße ist nach §9 Abs. 1 Nr. 16 BauGB ein offener Graben zur Aufnahme unbelasteter Dach- und Oberflächenwässer mit einer Breite von durchschnittlich 2,5m festgesetzt. Der Graben ist so an das Muldensystem innerhalb der Ausgleichsfläche anzuschließen, dass eine Absetzung und zeitlich verzögerte Ableitung von Abflussspitzen in den Neubach möglich ist.

6. Flächen oder Maßnahmen zum Schutz, zur Pflege und zur Entwicklung von Boden, Natur und Landschaft gem. § 9 (1) Nr. 20 BauGB Die Kompensation der zu erwartenden Eingriffe in Natur und Landschaft erfolgt durch die nachfolgend festgesetzten Ausgleichsflächen:

1) Umgestaltung und Entwicklung der 976,0m² großen östlichen Teilfläche der Flur-

nummer 7/10, Gmkg. Großhabersdorf. Die Fläche ist in ihrem aktuellen Zustand zu erhalten. Im Wechsel sind 30% der vorhandenen Gehölze (Schwarz-Erlen) alle 10 Jahre durch auf Stocksetzen zu verjün-2) Umgestaltung und Entwicklung einer 1.578,0m² großen Teilfläche auf der Flurnummer 137, Gmkg. Großhabersdorf Zuordnungsfestsetzung nach §9 (1a) BauGBAuf der bisher ackerbaulich genutzten Fläche ist gemäß Plandarstellung eine Waldmantelpflanzung (ca. 20,0 x 52,6m) mit vorgelagertem Krautsaum (Breite 10 m, Länge ca. 52,6m) zu entwickeln. Der Waldmantel ist durch Vorpflanzung vor die vorhandenen Gehölzbestände anzulegen. Die Pflanzung erfolgt mehrreihig mit 2 x 1,5m Abstand und in Gruppen zu 3-5 Pflanzen einer Art. Durch bedarfsweise Entnahme von Einzelbäumen und einem ab-

stufte Aufbau zu erhalten. Die Einhaltung der Schutzabstände zur bestehenden 2x380-1220KV-Freileitung ist zu beachten. Der Krautsaum ist durch Selbstaussaat zu entwickeln. Er ist alle 2 Jahre ab Mitte September zu mähen. Das Schnittgut ist abzufahren.

schnittsweise auf Stocksetzen der Gehölze im Abstand von 10-15 Jahre, ist der ge-

Nummerierung der Reihen ausgehend vom bestehenden Wald in Richtung Süden: Reihe 1 und 2 Vogelbeere Sorbus aucuparia Hainbuche Carpinus betulus Reihe 3 und 4 Feld-Ahorn Acer campestre Vogelbeere Sorbus aucuparia Vogel-Kirsche Prunus avium Reihe 5 bis 8 Feld-Ahorn Acer campestre Hartriegel Cornus sanguineum Kornelkirsche Cornus mas Corylus avellana

Lonicera xylosteum

Ligustrum vulgare

Prunus spinosa

Rosa pendulina

Rosa canina

T T T T T T

(Luftbild: BAY. STAATSMINISTERIUM FÜR FINANZEN, FÜR LANDESENTWICKLUNG UND HEIMAT, Viewer BayerAtlasPlus)

3) Umgestaltung und Entwicklung einer 785,0m² großen Teilfläche auf der Flurnummer 636, Gmkg. Großhabersdorf Auf der Fläche ist eine Retentionsmulde (LxBxT = 20,0 x 4,0m x 0,4m) auszubilden. Die Mulde wird sukzessive durch Selbstaussaat begrünt und ist zu einer standortgerechten Hochstaudenflur zu entwickeln. Sie ist einmal in zwei Jahren ab Mitte September zu mähen. Das Schnittgut ist abzufahren.

Die verbleibende Fläche wird in ihrer Nutzung extensiviert. Sie wird einmal pro Jahr ab Mitte September gemäht. Das Schnittgut ist abzufahren. Entlang des Neubaches sind punktuell sechs Weidensteckhölzer zu pflanzen. Der Einsatz von Düngemitteln und Pestiziden ist auf der gesamten Fläche untersagt. Die Fläche ist auf Dauer in ihrer Art und Beschaffenheit zu erhalten.

. Bindungen für die Erhaltung von Bäumen, Sträuchern und sonstigen Bepflanzungen gem. § 9 (1) Nr. 25 b BauGB Die im Planblatt gekennzeichneten Bäume, Sträucher und sonstige Bepflanzungen sind dauerhaft zu erhalten und vor Beeinträchtigungen zu schützen. Die Vorgaben der DIN 18920 "Vegetationstechnik im Landschaftsbau - Schutz von Bäumen, Pflanzenbeständen und Vegetationsflächen bei Baumaßnahmen" sind einzuhalten.

8. Pflanzgebote gem. § 9 (1) Nr. 25 b BauGB Auf privaten Grünflächen sind an dem im Plan eingetragenen Standorten Bäume und Sträucher der nachstehend angegebenen Arten und Größen zu pflanzen und dauerhaft fachgerecht zu unterhalten. Ausfälle sind durch gleichwertige Neupflanzungen zu ersetzen. Das Pflanzgut muss den Gütebestimmungen der FLL entsprechen. Es ist darauf zu achten, dass Bäume in mindestens 2,5m Abstand zu Anlagen der deutschen Telekom gepflanzt werden, oder für den Fall einer Unterschreitung geeignete Schutzmaßnahmen vorgesehen werden. Dies gilt analog für die Leitungen der übrigen Versorgungsträger.

ABS. 1 Baumpflanzungen mit Standortbindung (Pflanzgebot A) An den im Planblatt eingetragenen Standorten sind im Bereich der Fernabrünsterstraße Winterlinden zur Verlängerung der bestehenden Allee zu pflanzen. Die Verwendung von Hochstämmen gewährleistet hierbei die erforderlichen Sichtdreiecke im Zufahrtsbereich. Geeignete Pflanzqualität: Winter- Linde (Tilia cordata), H 4xv STU 18-20

ABS 2. Baumpflanzungen mit Standortbindung im Bereich der Ausgleichsfläche (Fl.nr. 7/10, Gmkg. Großhabersdorf) Entfällt.

ABS. 3 Baumpflanzungen ohne Standortbindung (Pflanzgebot C) Im Bereich der Stellplätze ist pro 2 angefangener Stellplätze ein mittelkroniger Laubhochstamm zu pflanzen, wobei die Stellplätze zu unterbrechen sind und die Baumscheibe mindestens 10m² aufweisen muss. Geeignete Pflanzqualität: Feld-Ahorn (Acer campestre), H 4xv STU 16-18

Hainbuche (Carpinus betulus), H 4xv STU 16-18 Vogelbeere (Sorbus aucuparia), H 4xv STU 16-18 Mehlbeere (Sorbus aria), H 4xv STU 16-18

ABS.4 Unterpflanzung der Baumstandorte (Pflanzgebot D) Zum Schutz der Flächen vor Überfahren sind Hochborde und Poller vorzusehen. Zur Unterpflanzung der Baumstandorte im Bereich der Fernabrünsterstr. und im Bereich der Stellplätze eignen sich z.B. folgende Arten

Bodendeckerrosen (Rosa spec.), Tb, wurzelecht Kriech-Weide (Salix repens), v. Str. 3 Tr. 60-100 Fingerstrauch (Potentilla fruticosa), TB Hohes Johanniskraut (Hypericum moserianum), Tb Johannisbeere (Ribes alpinum), v. Str. 3Tr. 60-100 Storchschnabel (Geranium in Sorten), Tb Efeu (Hedera helix), Tb

ABS.5 Fassadenbegrünung (Pflanzgebot E) Die nicht durch Fenster unterbrochenen Fassadenflächen der Hauptgebäude sind durch Kletterpflanzen zu begrünen.

Efeu (Hedera helix.) Wilder Wein (Parthenocissus qu. 'Engelmannii') Wilder Wein (Parthenocissus tric. 'Veitchii') Kletter-Hortensie (Hydrangea petiolaris) Geißblatt (Lonicera in Sorten)\* Gelbe Waldrebe (Clematis tangutica)\* Waldrebe (Clematis montana ,Rubens')\* Wilde Waldrebe (Clematis vitalba)\* Pfeifenwinde (Aristolochia macrophylla)\* Blauregen (Wisteria sinensis)\* Knöterich (Polygonum aubertii)\*

\*technische Rankhilfe erforderlich

ABS.6 Dachbegrünung (Pflanzgebot F) Das Flachdach des Hauptgebäudes ist mit einer extensiven Dachbegrünung (Sedummischung) mit mindestens 7cm Schichtaufbau zu versehen.

Oberbodenschutz Bei baulichen und sonstigen Veränderungen des Geländes ist der belebte Oberboden so zu schützen, dass seine ökologischen Funktionen erhalten bleiben. Er ist hierzu in seiner ganzen Dicke anzuheben und in geeigneten Mieten zwischenzulagern, sofern er nicht sofort an anderer Stelle Verwendung findet. Die Bearbeitungsgrenzen gem. DIN 18915 sind zu beachten.

10. Umsetzung Um die vorkommenden Vogelarten zu schützen, ist die Baufeldräumung außerhalb der Brutzeit (Brutzeit: 1.März bis 30.September) durchzuführen. Wenn ein Beginn vor der Brutzeit nicht möglich ist, ist eine gründliche Baufeldräumung ggf. mit Entfernung der Gehölze durchzuführen. Im gehölzfreien Offenland hat der Flächenumbruch ebenfalls außerhalb der Brutzeit zu erfolgen (Vermeidungsmaßnahmen). Der Gesetzgeber fordert bei der Durchführung der Ausgleichsmaßnahmen eine zeitnahe bzw. zeitgleiche Umsetzung gegenüber den zu erwartenden Eingriffen in Natur und Landschaft. Die naturschutzrechtlichen Ausgleichsmaßnahmen auf Fl.nr. 636, Gmkg. Großhabersdorf sind daher im gleichen Jahr des Baubeginnes (hier Beginn der Erschließungsmaßnahmen) herzustellen. Die Umsetzung der Maßnahmen auf Fl.nr. 137, Gmkg. Großhabersdorf, hat zeitnah zum Satzungsbeschluss zu erfolgen. Die Umsetzung der Ausgleichsmaßnahmen findet in Zusammenarbeit mit dem Landratsamt Fürth, Untere Naturschutzbehörde, statt.

Die entsprechende Umsetzung, Unterhaltung und Pflege der genannten Maßnahmen ist vertraglich zu regeln. Flächen für Ausgleichsmaßnahmen, die weder im Besitz der Kommunen noch des Eingriffsverursachers sind, sind mit Grundbucheintrag für die Dauer des Eingriffs zu sichern. Die Grunddienstbarkeit hat die im Bebauungsplan festgesetzten Ausgleichsmaßnahmen zu umfassen.

# VI. Hinweise Grünordnung

2013) zu beachten.

Geeignete Arten:

Artenauswahl:

1. Hinweise zu naturschutzfachlichen Maßnahmen Die Ausgleichsflächen sind nach Abschluss der herstellenden Kompensationsmaßnahmen von der Gemeinde an das Bayerische Ökoflächenkataster, Bay. Landesamt für Umwelt (Außenstelle Hof), zu melden.

. Hinweise zum Bodenschutz und unterirdischer Ver- und Entsorgungsleitungen Die geplanten Bauarbeiten sind bodenschonend entsprechend der DIN 19371 und unter Berücksichtigung des §12 BBodSchV auszuführen. Eventuell zu Tage tretende Bodendenkmäler sind gemäß Art. 8. Abs. 1-2 DSchG an das Bayerische Landesamt für Denkmalpflege zu melden. Hinsichtlich geplanter Baumpflanzungen ist das Merkblatt "Bäume, unterirdische Leitungen und Kanäle" (FGSV, Ausgabe 2013 oder DVGW, Merkblatt GW125, Ausgabe

## VII. Aufstellungsvermerke

A. Für die Ausarbeitung des Planentwurfs

Neustadt/Aisch, den 15.03.2016

ARGE STADT & LAND

### B. Verfahren:

1. Der Gemeinderat hat am 17.12.2015 die 1. Änderung des Bebauungsplanes Nr. 25 mit integriertem Grünordnungsplan "Fernabrünster Straße" beschlossen. Der Aufstellungsbeschluss wurde an den Amtstafeln der Gemeinde Großhabersdorf am 23.12.2015 ortsüblich bekannt gemacht.

2. Die frühzeitige Bürgerbeteiligung gemäß § 3 Abs. 1 BauGB wurde nach Bekanntmachung an den Amtstafeln am 11.03.2016 in der Zeit vom 18.03.2016 bis 19.04.2016 durchgeführt. Die Träger öffentlicher Belange wurden zum Vorentwurf, Stand 15.03.2016 gemäß § 4 Abs. 1 BauGB mit Schreiben STADT & LAND vom 17.03.2016 beteiligt.

3. Der Entwurf der 1. Änderung des Bebauungs- und Grünordnungsplanes Nr. 25 "Fernabrünster Straße", bestehend aus dem Planblatt und je einer Begründung sowie dem Umweltbericht, Stand 12.05.2016 wurde gemäß § 3 Abs. 2 BauGB in der Zeit vom 17.10.2016 bis einschließlich 20.11.2016 öffentlich ausgelegt. Ort und Dauer der Auslegung wurden ortsüblich an den Amtstafeln am 04.10.2016 bekannt gemacht.

4. Zum Entwurf der 1. Änderung des Bebauungs- und Grünordnungsplanes Nr. 25, Stand 12.05.2016, wurden die Träger öffentlicher Belange gemäß § 4 (2) BauGB mit Schreiben STADT & LAND vom 07.10.2016 beteiligt.

5. Der Gemeinderat hat am 15.12.2016 die 1. Änderung des Bebauungsplans Nr. 25 "Fernabrünster Straße" mit integriertem Grünordnungsplan, bestehend aus dem Planblatt, Stand 15.12.2016 und den Begründungen zum Bebauungsplan und zum Grünordnungsplan sowie dem Umweltbericht, Stand 15.12.2016 gemäß § 10 Abs. 1 BauGB als Satzung beschlossen.

Großhabersdorf, 13,06,2017

6. Der Satzungsbeschluss wurde gemäß § 10 Abs. 3 Satz 1 Halbsatz 2 BauGB an den Amtstafeln der Gemeinde Großhabersdorf ortsüblich bekannt gemacht. In der Bekanntmachung wurde vermerkt, dass die 1. Änderung des Bebauungsplans Nr. 25 "Fernabrünster Straße" mit integriertem Grünordnungsplan zum 16.06.2017 in Kraft tritt. Die Planung liegt zusammen mit den Begründungen ab dem 16.06.2017 öffentlich aus und kann während der Dienststunden im Rathaus eingesehen werden.

Großhabersdorf, 16.06.2017

# VIII. Präambel:

Die Gemeinde Großhabersdorf erläßt aufgrund der §§ 2(1), 9 und 10 des Baugesetzbuches (BauGB) in der Fassung der Bekanntmachung vom 27.12.2006 (BGBl. I S. 2141) sowie Art. 91 der Bayerischen Bauordnung (BayBO) in der Fassung der Bekanntmachung vom 04.08.1997 (GVBI. S. 433), zuletzt geändert durch § 7 Bay. UVPRLUG vom 27.12.1999 (GVBI S. 532) und Art. 23 der Gemeindeordnung für den Freistaat Bayern (GO) in der Fassung der Bekanntmachung vom 11.09.1989 (S. 585) folgende 1. Änderung des Bebauungsplans Nr. 25 mit der Bezeichnung "Fernabrünster Straße" in Großhabersdorf.

# Satzung:

Der Geltungsbereich umfaßt den gesamten Geltungsbereich des früheren Bebauungsplanes einschließlich der Erweiterung der Baufläche nach Südosten sowie die Flächen der Sichtdreiecke, die bislang nicht innerhalb des Geltungsbereichs lagen. Die Flurnummern lauten: 7/4; 7/7; 7/8; 7/9; 7/14; 7/17; 7/21; 7/22; 633/1; 647/6; 647/7; 647/8 sowie Teilflächen aus den Fl.-Nrn. 594/35 (Staatsstraße); 636 (Ökoausgleichsfläche), 647 (Bauhof) und 647/19 (Fernabrünster Straße). Sie sind auch in der Begründung zum Bebauungsplan aufgeführt.

# § 2 Regelungsinhalt:

Die Festsetzungen ergeben sich aus der Planzeichnung. Die Satzung besteht aus dem Planteil, einschließlich zeichnerischer und textlicher Festsetzungen und Verfahrensvermerken. Eine Begründung ist beigefügt. Im Planteil ist der Geltungsbereich zeichnerisch festgesetzt.

Die vom Gemeinderat am 15.12.2016 beschlossene Satzung zur 1. Änderung des Bebauungsplans Nr. 25 "Fernabrünster Straße" wird hiermit ausgefertigt.

Großhabersdorf, den 13.06.2017



# Gemeinde Großhabersdorf

Landkreis Fürth

1. Änderung

Bebauungsplan Nr. 25 "Fernabrünster Straße"

Fertigung

Stand 15.12.2016

Maßstab 1 : 1000



Arbeitsgemeinschaft STADT & LAND Matthias Rühl Dipl.-Ing. (TU) Raumplaner/Stadtplaner (SRL) Klaus Scheuber, Dipl.-Ing. Freier Landschaftsarchitekt 91413 Neustadt / Aisch. Wilhelmstraße 30 Tel.: 09161/87 45 15, Fax: 09161/87 45 23 matthias.ruehl@t-online.de www.stadtundland.net